

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



The background image shows a stack of newspapers, some of which are partially unrolled. A white tablet is placed on top of the stack, angled towards the right. The newspapers have various headlines visible, such as 'FRIEDENSMACHEN', 'zwischen...', 'ten da sind', 'müssen die...', 'dem Februar...', and 'LADNER...'. The overall scene is in grayscale, with the tablet being the only white object.

Pressespiegel

11.10.2021

Inhalt

EWN

1 AKW Grohnde vor dem Rückbau <i>Neue Westfälische - Bielefelder Tageblatt Bielefeld West, 09.10.2021</i>	3
2 „Wir wollten tiefer gehen“ <i>Südwest Presse Ulm, 09.10.2021</i>	5
3 Alternative Konferenz zur Endlagersuche <i>Naumburger Tageblatt, 11.10.2021</i>	7

📰 Neue Westfälische - Bielefelder Tageblatt Bielefeld West | 09.10.2021 | S. 4

📄 Auflage: 11.350 | Reichweite: 28.246

👤 Magdalena Tröndle

AKW Grohnde vor dem Rückbau

Das Kernkraftwerk an der Weser, an dem auch die Stadtwerke Bielefeld Anteile halten, geht Ende des Jahres vom Netz. Es abzubauen wird Jahre dauern.

Grohnde. Noch sieht es auf dem Gelände des Kernkraftwerks Grohnde in Emmerthal bei Hameln nicht so aus, also würde hier bald eine große Baustelle entstehen. Lediglich ein paar Bauzäune und eine Halle, die vor dem Reaktorgebäude aufgebaut wird, deuten an, dass bei dem Kraftwerk bald alles anders wird.

Nach 36 Jahren Betrieb geht das Kernkraftwerk Grohnde Ende des Jahres vom Netz. Die Stilllegung ist Teil des 2011 beschlossenen Atomausstiegs. Der Betreiber Preussenelektra rechnet damit, dass allein der nukleare Rückbau rund 15 Jahre dauern wird. Dann schließen sich noch rund zwei Jahre für den Abbruch der Gebäude an. Das Kraftwerk, 1985 in Betrieb genommen, gehörte nach Betreiberangaben mehrfach zu den erzeugungsstärksten Kernkraftwerken weltweit.

„Der Rückbau eines Kernkraftwerks unterscheidet sich stark von dem Abriss anderer Industrieanlagen, weil wir es mit Gebäudeteilen zu tun haben, die im Austausch mit radioaktiven Stoffen stehen“, erklärt der künftige Rückbauleiter Dominik van Meegen, der seit fünf Jahren in die Planungen eingebunden ist. „Jedes einzelne Dübelloch, jede Fuge im Beton muss beim nuklearen Rückbau hinsichtlich einer möglichen Kontamination freigegeben werden“, sagt er.

Der Abbau erfolge von innen nach außen: Zunächst konzentrieren sich die Arbeiten auf den Abbau der Anlagenteile im Inneren des sogenannten Kontrollbereichs, dem Herzen des Kraftwerks. Die hoch radioaktiven Brennelemente befinden sich im Abklingbecken und werden kampagnenweise in Castoren verladen und in ein Zwischenlager auf dem Kraftwerksgelände überführt.

Rund 20.000 Tonnen Gebäudematerial – Apparaturen, Aggregate, Beton und Metallschrott – müssen demontriert und unter strengen Auflagen aus dem Kontrollbereich gebracht werden. Man gehe davon aus, dass rund ein Viertel davon tatsächlich als schwach- und

mittelradioaktiver Abfall endgelagert werden müsse.

Umfangreiche Regelwerke geben dabei genau vor, wie sich die Mitarbeiter beim Abbau bewegen und welches Werkzeug sie verwenden dürfen, erklärt van Meegen. In der Halle, die derzeit auf dem Gelände entsteht, sollen die Materialien letztmalig gemessen werden. Die abgebauten Anlagenteile sollen so bearbeitet, gereinigt und verpackt werden, dass diese teilweise in den Wertstoffkreislauf zurückgeführt werden können.

Der Rückbau eines Kernkraftwerks wirft unweigerlich auch Fragen der Entsorgung von radioaktivem Material auf. Dafür ist in Deutschland der Staat verantwortlich. Britta Kellermann, Grünen-Politikerin im Landkreis Hameln-Pyrmont und Teil der „Regionalkonferenz AKW Grohnde abschalten“, sorgt sich unter anderem um die geplante Endlagerung der schwach- bis mittelradioaktiven Abfälle im Schacht Konrad, einem stillgelegten Eisenerz-Bergwerk im Stadtgebiet Salzgitter.

Der Standort sei Anfang der 80er Jahre ausgewählt worden und es gebe „große Zweifel“ daran, ob die Sicherheitsstandards noch heutigem Stand von Wissenschaft und Technik entsprächen. Dies sei nie überprüft worden. Die Bundesregierung müsse das bei der aktuell laufenden Überprüfung der Anforderungen für das Endlager Konrad berücksichtigen.

Kritisch sieht Kellermann auch die mögliche Nutzung des Ausweichlagers Würgassen in Nordrhein-Westfalen. „Vielleicht brauchen wir auch einen Stop der Rückbaupläne, eine Art Moratorium, bis diese Fragen geklärt sind“, so Kellermann.

Bei der andauernden bundesweiten Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Müll wünscht sich Kellermann eine transparentere und für Laien verständliche Kommunikation, welche Standorte begutachtet würden und warum. „Die Menschen müssen

wissen, dass ihre Region gerade Suchgebiet ist und was ein Endlager für das Leben und die Sicherheit der Menschen vor Ort bedeuten würde.“

Deutschlandweit sind nur noch sechs Kernkraftwerke in Betrieb. Bis Ende 2021 werden Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf abgeschaltet, bis Ende 2022 folgen mit Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 auch die letzten deutschen Kernkraftwerke.

Das Preussenelektra-Kraftwerk in Stade befindet sich bereits seit 2005 im Rückbau und nahezu in der Endphase. Die Kernkraftwerke Unterweser und Grafen-

rheinfeld sind mitten im Rückbau – in Grohnde greift man gerne auf die Erfahrungen dort zurück. Noch aber wartet Preussenelektra auf die Rückbaugenehmigung.

Bisher waren im Kernkraftwerk Grohnde, an dem auch die Stadtwerke Bielefeld beteiligt sind, rund 500 Menschen beschäftigt, davon etwa 300 von Preussenelektra. Während des Rückbaus werde diese Zahl schrittweise zurückgehen, erklärt Unternehmenssprecherin Almut Zyweck. Man binde die Belegschaft umfassend ein und habe frühzeitig Perspektiven aufgezeigt, heißt es beim Unternehmen.

📰 Südwest Presse Ulm | 09.10.2021 | S. 25

📄 Auflage: 21.285 | Reichweite: 43.569

👤 Joachim Striebel

„Wir wollten tiefer gehen“

Atommüll: Nach Beratungen über Teilgebiete üben der BUND und die Organisation „Ausgestrahlt“ Kritik. Ein Bohrkern aus Neu-Ulm wird ausgewertet. Von Joachim Striebel

Das Erkundungsbergwerk im Salzstock in Gorleben ist im September endgültig geschlossen worden, weil es sich als geologisch ungeeignet erwiesen hat. Nicht erst seit September läuft in Deutschland die Suche nach einem tiefengeologischen Atommüll-Endlager, um eine Menge von 10 000 Tonnen hochradioaktiven Abfalls für eine Million Jahre sicher zu lagern. Dabei hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) auch ein Gebiet mit Tongestein in der Region Alb-Donau/Ostalb im Blick. Wie berichtet, ist die in der Liste der BGE als „Teilgebiet 001“ bezeichnete Region zusammen mit drei weiteren ausgewählt worden, um Methoden zur Ermittlung von günstigen Standorten zu entwickeln. Werner Gottstein, Vorsitzender des BUND-Regionalverbands Ostwürttemberg, hat die Diskussionen in den vergangenen Monaten verfolgt und sich eingebracht. Und zeigt sich enttäuscht.

Die BGE hatte im Herbst 2020 einen Zwischenbericht veröffentlicht, der 90 Teilgebiete nennt, die möglicherweise als Lagerstätte geeignet wären und 54 Prozent der Fläche der Bundesrepublik umfassen. Der Bericht ist im Rahmen der „Fachkonferenz Teilgebiete“ bei Online-Veranstaltungen, die an drei Wochenenden stattfanden, diskutiert worden. „Bei der dritten bin ich ausgestiegen“, berichtet Gottstein. Von den Ehrenamtlichen des BUND sei zum Schluss fast keiner mehr dabei gewesen. „Alle unsere Anträge sind auf die lange Bank geschoben worden“, ärgert sich Gottstein.

Insbesondere zur speziellen Thematik, dass das 4241 Quadratkilometer große Ton-Teilgebiet rund um Ulm weitgehend von dem 36 836 Quadratkilometer großen Teilgebiet 13 mit kristallinem Wirtsgestein (Granit, Gneis) überlagert wird, wollten Gottstein und andere mehr wissen. Sie drängten darauf, Fachleute hinzuzuziehen. „Da wollten wir tiefer gehen, denn das ist für unsere Region entscheidend“, sagt Gottstein.

Die Ergebnisse der Fachkonferenz sind vergangenen Monat an die BGE übergeben worden. Die Anti-Atomorganisation „Ausgestrahlt“ nimmt dies zum Anlass,

deutliche Kritik am Verfahren zu üben. „Die Fachkonferenz sollte eigentlich der öffentlichen Erörterung des Zwischenberichts zur Standortsuche dienen, doch diesem Anspruch wurden die Veranstaltungen nicht gerecht“, schreibt Sprecher Jochen Stay. Der oberflächliche Zwischenbericht der BGE sei als Diskussionsgrundlage ungeeignet gewesen. Zudem habe es bei den Veranstaltungen im Online-Format massive technische Schwierigkeiten bis hin zu einem mehrstündigen Ausfall der Konferenz-Software gegeben. Die jetzt an die BGE übergebenen Papiere bildeten „nicht die Breite der Kritik“ ab.

Dagegen spricht Andreas Fox von einer breit angelegten fachlichen Diskussion und einer kritischen Erörterung. Fox gehörte zur Arbeitsgemeinschaft, die die Fachkonferenz vorbereitet hatte. In dem Papier an die BGE heißt es etwa zum Tongestein, dass sich der bergmännische Ausbau als besonderes Problem darstellt.

Judith Windszus, Sprecherin des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), bestätigt technische Probleme bei einem der Beratungstermine, die ausgefallenen Arbeitsgruppen seien aber nachgeholt worden. Insgesamt seien 4900 Personen zu den digitalen Beratungen angemeldet gewesen.

Bei so vielen zugeschalteten Leuten könne schon mal was schief gehen, meint Martin Samein, der stellvertretende Direktor des Regionalverbands Donau-Iller. „Dass man da aber keine Kritik anbringen konnte, stimmt nicht“, sagt Samein, der selber dabei war.

Der Regionalverband, dem die Städte Ulm und Memmingen sowie die Landkreise Alb-Donau, Biberach, Neu-Ulm, Günzburg und Unterallgäu angehören, beobachtet die Arbeit der BGE in der Region. Samain weiß, dass inzwischen die Daten der Geologischen Landesämter in die Beurteilung eingeflossen sind. Im Falle des Tonsteingebiets in der Region, das zum Modellfall erklärt wurde, geht es nun auch um ortsbezogene Daten. „Das unterstützen wir völlig“, sagt Samain.

Was genau passiert in dem Testgebiet? Es werde nicht nur anhand eines 3D-Modells geschaut, ob die Mächtigkeit der Tonschicht ausreicht, sagt BGE-Sprecherin Monika Hotopp. „Es werden auch Schichtenverzeichnisse von Bohrungen genauer ausgewertet.“ Martin Samain weiß, dass ein bei einer früheren Tiefenbohrung für Thermalwasser am Donaabad in Neu-Ulm gewonnener Bohrkern genau unter die Lupe genommen wird.

Tonstein rund um Ulm in 400 bis 1500 Metern Tie-

fe

Testgebiet Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat vier Teilgebiete unterschiedlicher Art (Salzstock, flach lagernde Salzstruktur, kristallines Wirtgestein, Tongestein) zur Entwicklung von Untersuchungsmethoden ausgewählt. Modellgebiet für Tongestein ist die Region rund um Ulm. Das Tongestein hat eine Mächtigkeit von 300 Metern und liegt 400 bis 1500 Meter unter der Geländeoberkante.

ATOMMÜLL

Alternative Konferenz zur Endlagersuche

Initiative kritisiert Beteiligungsformat.

Naumburg/MW - Die bundesweite Initiative „ausgestrahlt“, die sich gegen die Nutzung von Atomenergie einsetzt, veranstaltet am letzten Oktoberwochenende mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und weiteren Organisationen eine Online-Konferenz zur Standortsuche für ein Atommüll-Endlager in Deutschland. Bis dato kommt dafür rund die Hälfte der Landesfläche in Betracht - auch der Burgenlandkreis.

Es handelt sich um eine alternative Variante zu den offiziellen Konferenzen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), an denen auch Vertreter des Umweltamts des Burgenlandkreises teilnehmen. Der Grund dafür ist, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure sich nicht zufrieden damit zeigen, wie sie bislang eingebunden wurden. So sei der Bericht der BGE „so oberflächlich ausgefallen, dass es der Konferenz

schlicht an einer vernünftigen Diskussionsgrundlage fehlte“, urteilt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atomorganisation „ausgestrahlt“, über die jüngste Veranstaltung Anfang September. Viele Vertreter von Initiativen, „aber auch unorganisierte Bürger, die sich konstruktiv einbringen wollten“, hätten sich frustriert abgewendet, so dass die Zahl der Teilnehmer über die drei bisherigen Konferenzen hinweg immer weiter zurückgegangen sei.

Dem wolle man entgegenzutreten und mit der alternativen Konferenz Druck auf die BGE sowie die Politik aufbauen.

Das Online-Format findet am 30. und 31. Oktober, jeweils ab 10 Uhr statt und dauert bis zum späten Nachmittag. Es sollen unter anderem Arbeitsgruppen zu Aspekten der Endlagersuche gebildet werden.